



(K)eine Hoffnung für Burma?

Die gewaltsame Niederschlagung friedlicher Demonstrationen im Herbst vergangenen Jahres und die anfängliche Weigerung der burmesischen Militärjunta, ausländische Helfer ins Land zu lassen, um Hunderttausenden von Flutopfern beizustehen, haben zu Recht weltweit Empörung ausgelöst. Was sind die Ursachen dieser unfassbaren Brutalität gegen die eigene Bevölkerung, zu deren Schutzherrn gegen die „neokolonialistische Unterdrückung“ sich die burmesischen Machthaber so gerne aufschwingen?

Unheilvoll ergänzten und verstärkten sich mehrere Faktoren. Die internationale Isolation des Landes, die Wagenburgmentalität der Führung und die über Jahrzehnte nahezu unangefochtene Dominanz der Militärs – die diese mit dem Argument verteidigen, dass angesichts der ethnischen Heterogenität nur sie die Einheit des Landes wahren können – haben dazu geführt, dass Burma wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich weit hinter den sich dynamisch entwickelnden Nachbarländern zurückblieb. Setzten Letztere auf Integration in regionale und inter-

ationale Verbundsysteme, so sahen Burmas Herrscher – wohl nicht zu Unrecht – genau darin die gefährlichste Bedrohung ihrer Macht.

Gewiss, es gibt eine Opposition, die „National League for Democracy“, deren charismatische Anführerin Aung San Suu Kyi die 1990 abgehaltenen Wahlen über-

„Was sind die Ursachen der unfassbaren Brutalität der burmesischen Machthaber gegen die eigene Bevölkerung?“

legen gewonnen hatte. Doch der über sie verhängte Hausarrest, die Inhaftierung vieler ihrer Anhänger und die rigorose Einschränkung aller politischen Aktivitäten ihrer Partei haben verhindert, dass sie eine politische Organisation und alternative Entwicklungsstrategien ausarbeiten konnte, die eine echte Herausforderung für die Militärjunta darstellen würden. Aung San Suu Kyis uneingeschränkte Unterstützung durch das westliche Ausland nahm die Junta wiederum als Vorwand, um sie als „Werkzeug des Neokolonialismus“ zu diffamie-

ren und jene Frontstellung zu zementieren, die seit 1990 die Innen- und Außenpolitik des Landes prägt.

Weder westliche Wirtschaftssanktionen noch politische Vermittlungsversuche der Nachbarländer und mehrerer UNO-Sonderbeauftragter haben daran etwas zu ändern vermocht. Die am 25. Mai in Rangun einberufene Geberkonferenz und die – trotz nach wie vor bestehender Einschränkungen – in Gang gekommenen Hilfsmaßnahmen könnten indes ein erster Schritt sein, um jene „Nicht-Kommunikation“ und wechselseitige Blockade aufzubrechen, die das Land zunehmend verelenden ließ. Zudem bietet ein Engagement auf humanitärer Ebene zumindest die Chance, all jene Kräfte zu identifizieren und zu stärken, die sich von einer internationalen Zusammenarbeit mehr versprechen als von einer weiteren Abschottung.

Für übermäßigen Optimismus ist wenig Anlass, aber – wie ein burmesischer Freund meinte – in der absoluten Dunkelheit ist selbst das Anzünden eines Streichholzes eine Ermutigung. ■

Gerhard Will ist Asienexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.